

Wochenbericht

Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?

Die Schicht der Bezieher mittlerer Einkommen ist in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich geschrumpft. Ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung ging von 62 Prozent im Jahr 2000 auf 54 Prozent 2006 zurück. Entsprechend gestiegen ist der Bevölkerungsanteil an den Rändern der Einkommensverteilung, wobei in der Mittelschicht die Abwärtsmobilität stärker ausgeprägt war als der Aufstieg in höhere Einkommensklassen. Auch wenn sich der konjunkturelle Aufschwung im Jahr 2007 fortgesetzt hat, dürfte sich an der relativen Einkommenssituation in der Mitte der Gesellschaft nur wenig verändert haben. Parallel zur Entwicklung der objektiven Einkommenslage zeigt sich eine deutliche Veränderung der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung: Über alle Einkommensschichten hinweg ist festzustellen, dass die „Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung“ zugenommen haben.

Markus M. Grabka
mgrabka@diw.de

Joachim R. Frick
jfrick@diw.de

Einkommensentwicklung in Deutschland: Zunehmende Ungleichheit

Die Einkommenssituation in Deutschland wird hier auf der Basis der Daten des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) analysiert.¹ Die bedarfsgewichteten verfügbaren Jahreseinkommen der Personen in privaten Haushalten sind, gemessen am arithmetischen Mittel, seit Anfang der 90er Jahre real um gut 1 700 Euro oder zehn Prozent gestiegen (Abbildung 1).² Beeinflusst wurde die Entwicklung vor allem vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum und von der Veränderung der Arbeitslosigkeit.

¹ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird; vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement. In: Schmollers Jahrbuch, Heft 1/2007, 139–169.

² Zur besseren Vergleichbarkeit der Einkommenssituation von Personen in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung werden sogenannte Äquivalenzeinkommen berechnet. Im vorliegenden Bericht wird die modifizierte OECD-Äquivalenzskala angewendet. Hierbei erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, alle weiteren erwachsenen Haushaltsmitglieder werden mit 0,5 und alle Kinder bis 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Die Einkommen sind in Preisen von 2000 ausgewiesen. Der internationalen Literatur und den Empfehlungen der EU-Kommission folgend, werden dem Einkommen auch fiktive Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum („Imputed Rent“) zugerechnet. In diesem Bericht werden die Einkommen für das Jahr vor dem jeweiligen Erhebungsjahr ausgewiesen. Das heißt zum Beispiel, dass die Angaben der 2006 befragten Haushalte das Einkommen im Kalenderjahr 2005 abbilden.

Inhalt

Schrumpfende Mittelschicht
– Anzeichen einer dauerhaften
Polarisierung der verfügbaren
Einkommen?

Seite **101**

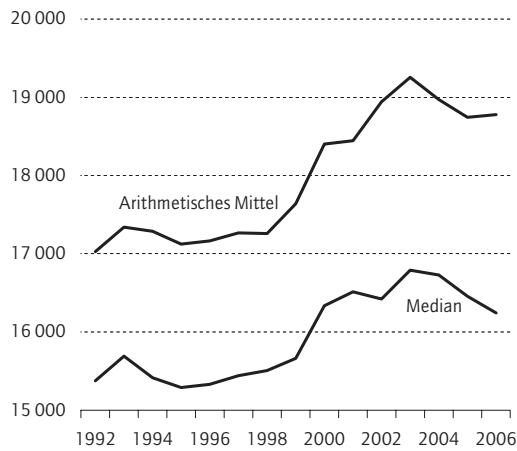
InnoNet – Eine wirkungsvolle
Förderung großer FuE-Verbünde
für den Mittelstand steht vor
dem „Aus“

Seite **109**

Abbildung 1

Entwicklung der Realeinkommen in Deutschland 1992 bis 2006

In Euro



Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres in Preisen von 2000. **DIW Berlin 2008**

keit.³ In der Periode schwachen wirtschaftlichen Wachstums bis 1998 lag das mittlere bedarfsgewichtete Jahreseinkommen stabil bei rund 17 000 Euro. Der anschließende Aufschwung hatte einen deutlichen Zuwachs auf über 19 000 Euro (im Befragungsjahr 2003) zur Folge. Danach gingen die realen Einkommen wieder zurück.

Gemessen am Median – dem Einkommen, das die obere von der unteren Hälfte der Einkommensbezieher trennt – fiel der Zuwachs im Zeitraum von 1992 bis 2006 mit weniger als 900 Euro deutlich geringer aus. Der Unterschied im Verlauf zwischen dem arithmetischen Mittel und dem mittleren Einkommen (Median) deutet darauf hin, dass die zwischenzeitlich erzielten Wohlfahrtsgewinne nicht der gesamten Bevölkerung gleichermaßen zugute kamen. Die Einkommen der oberen Hälfte der Einkommensbezieher sind schneller gewachsen als die der unteren Hälfte, das heißt, die Einkommensungleichheit hat zugenommen.⁴

Die Relation zwischen dem arithmetischen Mittel und dem Median lag zu Beginn der 90er Jahre in Deutschland bei 90 Prozent, bis 2006 fiel sie auf 86 Prozent. Diese Entwicklung war in den alten Ländern wesentlich ausgeprägter als in den neuen,

³ Vgl. dazu Frick, J. R., Grabka, M. M.: Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland: Zunehmender Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Armut und Ungleichheit. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 28/2005.

⁴ Siehe dazu auch das Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2007/08), Ziffer 714 ff.

für die sich ein Rückgang der Maßzahl um nur zwei Prozentpunkte ergab (Abbildung 2). Die Ungleichheit der Einkommen (nach Umverteilung) ist in den neuen Ländern ohnehin deutlich niedriger als in Westdeutschland (Abbildung 3).

Einkommensschichtung: Schrumpfende Mittelschicht

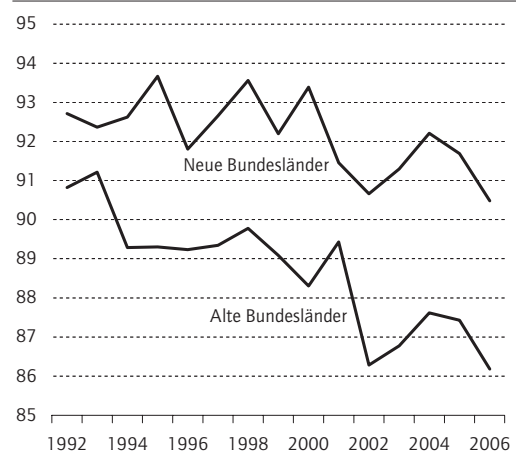
Die unterschiedliche Entwicklung von Median und arithmetischem Mittel der Einkommen weist auf eine Veränderung der Schichtung der Einkommen in Deutschland hin. In Abbildung 4 ist die Bevölkerung in Privathaushalten nach Einkommenspositionen dargestellt. Die Gruppierung wurde auf Basis des Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen vorgenommen und normiert (Median = 100). Ausgewiesen werden die Bevölkerungsanteile rund um den Median (90 bis 110 Prozent des Median) sowie in drei unterdurchschnittlichen und vier überdurchschnittlichen Einkommensschichten. Die Extrempositionen ergeben sich für Personen, die über ein Einkommen von weniger als 50 Prozent beziehungsweise mehr als 200 Prozent des Median verfügen. Als Mittelschicht wird die Bevölkerungsgruppe mit einer relativen Einkommensposition von 70 bis 150 Prozent des Median bezeichnet.

In dieser Abgrenzung umfasste die Mittelschicht in den 80er Jahren in Westdeutschland stabil rund

Abbildung 2

Relation zwischen Median und arithmetischem Mittel der Haushaltsnettoeinkommen nach Region 1992 bis 2006

In Prozent

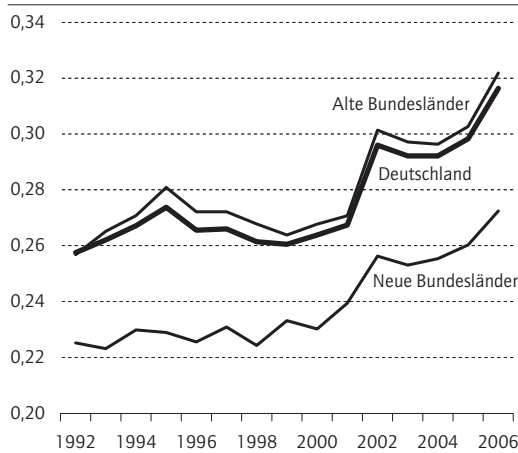


Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres. **DIW Berlin 2008**

Abbildung 3

Einkommensungleichheit in Deutschland 1992 bis 2006

Gini-Koeffizient



Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres. **DIW Berlin 2008**

64 Prozent der Gesamtbevölkerung – die deutliche Mehrheit der Erwachsenen und deren Kinder. Auch für Deutschland insgesamt lag der Anteil der Mittelschicht 1992 mit knapp 62 Prozent ungefähr in dieser Größenordnung – das entsprach etwas mehr als 49 Millionen Personen – und ist bis 2000 weitgehend stabil geblieben. Seitdem aber schrumpft die Einkommensmittelschicht und macht nur noch rund 54 Prozent (rund 44 Millionen Personen) der gesamten Bevölkerung aus. Innerhalb der Mittelschicht hat die Gruppe derjenigen mit einem Einkommen zwischen 90 und 110 Prozent des Median – also die „Durchschnittsverdiener“ – mit einem Rückgang von rund fünf Prozentpunkten die stärksten Verluste hinnehmen müssen.

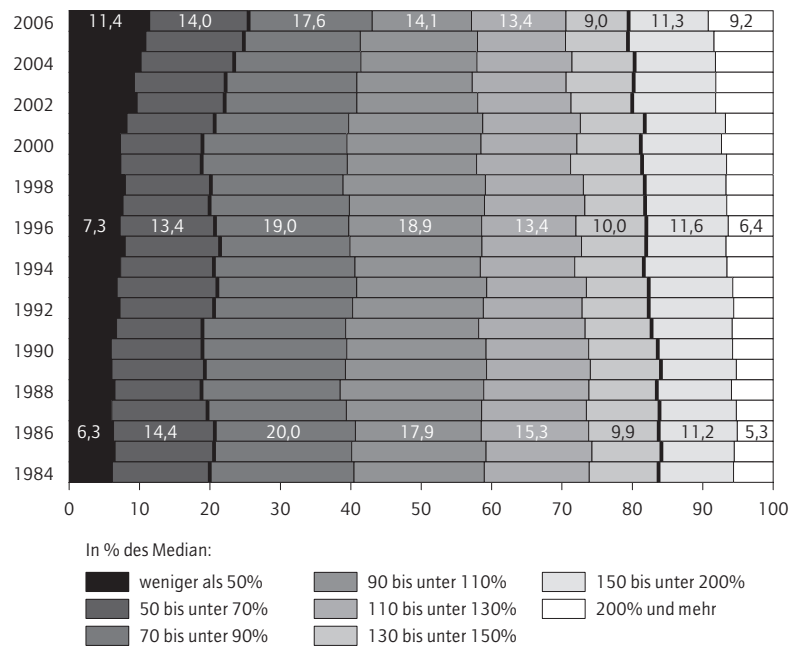
Entsprechend haben die Ränder der Einkommensverteilung an Bedeutung gewonnen. Einen deutlichen Zuwachs verzeichneten die untersten Schichten. Personen mit einem Einkommen von weniger als 70 Prozent des Median machten 2006 über ein Viertel der gesamten Bevölkerung aus, ihr Anteil ist seit 2000 – vor allem im Zusammenhang mit der starken Zunahme der Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger – um knapp sieben Prozentpunkte gestiegen. Inwieweit sich dieser Anteil im jüngsten wirtschaftlichen Aufschwung verändert hat, kann gegenwärtig noch nicht gesagt werden, da die entsprechenden Einkommensdaten noch nicht vorliegen.

Der Anteil der Personen mit einem verfügbaren bedarfsgewichteten Einkommen von mehr als 150 Pro-

Abbildung 4

Einkommensschichtung in Deutschland¹ 1984 bis 2006

In Prozent, Einkommensposition auf Basis des jahresspezifischen Median



¹ Ab 1992 Deutschland insgesamt.

Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres.

DIW Berlin 2008

zent des Median lag im Jahr 2006 bei über einem Fünftel und war damit um rund zwei Prozentpunkte höher als 2000. Dieser Zuwachs beschränkt sich aber allein auf die Gruppe derer mit dem höchsten Einkommen (mehr als 200 Prozent des Median), die 2006 rund 9 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Einkommensmobilität: Abwärtsbewegung überwiegt

Neben dieser rein beschreibenden Analyse der Veränderung der Einkommensschichtung ist es aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen interessant, wie sich die Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken in der Einkommenshierarchie verändert haben. Dies wird hier anhand von Übergangsmatrizen untersucht, wobei die einzelnen Einkommensschichten in drei Gruppen zusammengefasst werden: (1) armutsgefährdete Personen mit einem Einkommen bis unter 70 Prozent des Median, (2) die Mittelschicht (70 bis 150 Prozent des Median) und (3) einkommensstarke Personen mit einem verfügbaren Einkommen von mindestens 150 Prozent des Median.

Zum besseren Verständnis der makroökonomischen Einflüsse wird die Analyse der Einkommensmobilität für zwei Fünfjahreszeiträume durchgeführt, die durch ein deutliches Wachstum (1996–2000) beziehungsweise Stagnation (2002–2006) gekennzeichnet sind (Tabelle).⁵

Vergleicht man die beiden Beobachtungszeiträume, so ist eine klare Verfestigung der Einkommenschichten festzustellen. Während zwischen 1996 und 2000 nur rund 54 Prozent aller armutsgefährdeten Personen auch nach fünf Jahren noch in dieser Einkommenschicht waren, lag die Beharrungsquote für den Zeitraum 2002 und 2006 bei mehr als 66 Prozent.⁶ Auch am oberen Rand der Einkommenshierarchie hat die Persistenz beachtlich – um fünf Prozentpunkte – auf rund 69 Prozent zugenommen. Die Einkommensstarken haben ihre Einkommensposition also in der zweiten Periode in einem höheren Maße halten und zum Teil weiter ausbauen können.

Entsprechend sind die Ergebnisse für die Mittelschicht: Die Stabilitätskennziffer hat hier um rund fünf Prozentpunkte abgenommen (rund 75 Prozent gegenüber 79 Prozent). Die im Zeitverlauf

⁵ Bei der Gegenüberstellung des zeitlichen Verlaufs konjunktureller Indikatoren und der Jahreseinkommen der privaten Haushalte sind zwei „time-lags“ zu berücksichtigen: Grundsätzlich reagieren die Erwerbseinkommen nur verzögert – zum Beispiel über Tarifvereinbarungen und Überstundenhäufigkeit – auf Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Zudem beziehen sich die hier ausgewiesenen Einkommen auf das Jahr vor der jeweiligen Erhebung.

⁶ Hier wird nur die jeweilige Einkommenssituation im Anfangs- und Endzeitpunkt der Fünfjahresperiode analysiert. Eventuelle Einkommensmobilität in den dazwischen liegenden Jahren ist somit nicht berücksichtigt. Die ausgewiesenen Stabilitätskennziffern sind insofern als Obergrenze des dauerhaft von „Armut gefährdeten“ Personenkreises zu verstehen.

erhöhte Einkommensmobilität der Mittelschicht geht in beide Richtungen, die Abwärtsmobilität überwog dabei aber deutlich. Etwa 14 Prozent der Mittelschicht des Jahres 2002 befand sich 2006 im Bereich der Armutsgefährdung. Dieser Anteil ist um mehr als drei Prozentpunkte höher als für den Zeitraum 1996–2000. Die stärkere Abwärtsmobilität erklärt sich unter anderem dadurch, dass im konjunkturellen Abschwung im Zeitraum 2002–2006 das Risiko für Arbeitslosigkeit deutlich größer, die Dauer der Arbeitslosigkeitsperioden länger und die Höhe von Lohnersatzleistungen durch die Einführung von Arbeitslosengeld II im Vergleich zur Arbeitslosenhilfe deutlich niedriger ausfielen. Langfristig ein viel wichtigerer Faktor für das Schrumpfen der Mittelschicht ist aber die Veränderung der Struktur der Erwerbstätigen. Gingen im Jahr 2000 noch knapp 64 Prozent nach Ergebnissen des SOEP einer abhängigen Vollzeitbeschäftigung nach, so hat sich dieser Anteil bis 2006 auf 55 Prozent verringert. Abhängig Beschäftigte in Teilzeit- oder geringfügiger Beschäftigung haben demgegenüber deutlich an Bedeutung gewonnen. Diese Arbeitsverhältnisse sind zwar durch unterdurchschnittliche Erwerbseinkommen gekennzeichnet, gleichwohl sind sie – nicht nur unter Verteilungsgesichtspunkten – positiver zu bewerten als Arbeitslosigkeit.

Auf der anderen Seite konnten mehr als 11 Prozent der Mittelschicht des Jahres 2002 bis 2006 in die oberen Einkommenschichten aufsteigen. Auch dieser Anteil hat gegenüber dem ersten Beobachtungszeitraum um 1,5 Prozentpunkte zugenommen. Es kann vermutet werden, dass die zunehmende Bedeutung von Einkommen aus Kapital und selbst-

Tabelle

Einkommensmobilität¹ in Deutschland 1996–2000 und 2002–2006

Anteile in Prozent

		Armutsgefährdete (<70 % des Median)	Mittelschicht (70 bis unter 150 % des Median)	Einkommensstarke (150 % u.m. des Median)	Insgesamt
2000					
1996	Armutsgefährdete (<70 % des Median)	53,6	44,2	2,2	100,0
	Mittelschicht (70 bis unter 150 % des Median)	11,0	79,4	9,6	100,0
	Einkommensstarke (150 % u.m. des Median)	3,9	32,6	63,5	100,0
	<i>Insgesamt</i>	<i>17,8</i>	<i>64,0</i>	<i>18,2</i>	<i>100,0</i>
2006					
2002	Armutsgefährdete (<70 % des Median)	66,2	31,6	2,2	100,0
	Mittelschicht (70 bis unter 150 % des Median)	14,4	74,6	11,1	100,0
	Einkommensstarke (150 % u.m. des Median)	3,9	27,6	68,5	100,0
	<i>Insgesamt</i>	<i>23,4</i>	<i>56,2</i>	<i>20,4</i>	<i>100,0</i>

Lesehilfe: Die oberste Zelle in der ersten Spalte gibt an, dass 53,6 Prozent der Personen, die 1996 eine Einkommensposition von weniger als 70 Prozent des Median hatten, auch 2000 in dieser Position waren.

Anteil der Personen, deren Einkommensposition sich verbessert, verschlechtert oder stabil geblieben ist.

Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres.

DIW Berlin 2008

ständiger Tätigkeit zu dieser Aufwärtsmobilität beigetragen hat.⁷

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Schrumpfen der Mittelschicht – zumindest in der hier dargestellten konjunkturellen Schwächephase der ersten Jahre des neuen Jahrtausends – mit einer Ausdifferenzierung der Einkommenshierarchie verbunden ist, wobei insgesamt der Abwärtsmobilität eine größere Bedeutung zukommt.

Veränderung der Familienstruktur: Anteil klassischer Familienhaushalte in der Mittelschicht sinkt stark

Neben den oben beschriebenen, insbesondere arbeitsmarktrelevanten Zusammenhängen kommt bei der Analyse der Haushaltseinkommen auch der Struktur privater Haushalte eine große Rolle zu. Abbildung 5 beschreibt, wie sich die drei zusammengefassten Einkommensschichten bezüglich der Haushalts- und Familienstruktur von 1996 bis 2006 verändert haben.

Die einzige Gruppe innerhalb der Mittelschicht, die sowohl relativ als auch absolut an Bedeutung gewonnen hat, ist die der Alleinerziehenden mit einem Zuwachs von knapp 400 000 Personen. Alleinerziehende sind aufgrund der Schwierigkeit, Kindererziehung und Erwerbstätigkeit in Vollzeit zu vereinbaren, in der Gruppe der Armutsgefährdeten weit überdurchschnittlich vertreten und unter den Einkommensstarken praktisch nicht nachweisbar. Entgegen dem gesamtgesellschaftlichen Trend zu kleineren Haushalten blieb die Zahl der Alleinlebenden und der Paarhaushalte ohne Kinder (überwiegend Ehepaare in der nachelterlichen Phase) in der Einkommensmittelschicht nahezu konstant. Im Jahr 2006 waren Vertreter beider Haushaltstypen weitaus häufiger in den Extrempositionen der Einkommensverteilung zu finden als 1996, Alleinlebende häufiger in der armutsgefährdeten Schicht und Paare ohne Kinder häufiger unter den Einkommensstarken.

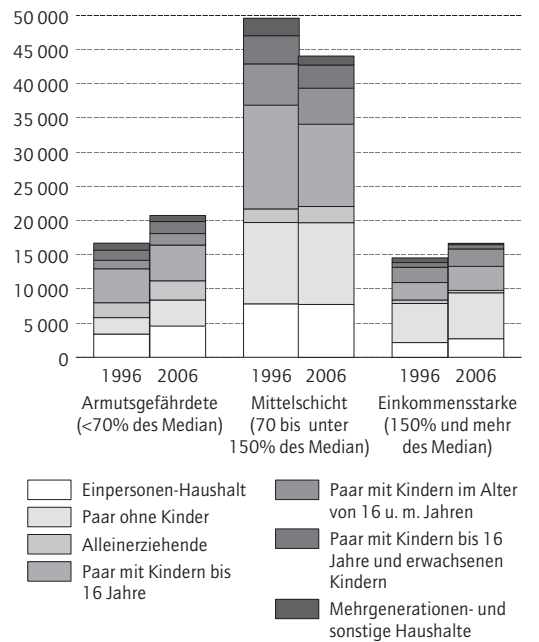
Augenfällig ist innerhalb der Einkommensmittelschicht die stark rückläufige Zahl der Personen in Familienhaushalten (mit Ausnahme der Alleinerziehenden). Besonders ausgeprägt ist der Rückgang bei den vollständigen Familien von Paaren mit minderjährigen Kindern bis zu 16 Jahren, von denen 2006 mehr als drei Millionen Personen weniger der Mittelschicht angehörten. Aber auch die Zahl

⁷ So haben die Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen im Zeitraum von 2002 bis 2006 rund dreimal so stark zugenommen wie die Arbeitnehmerentgelte, vgl. Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Fachserie 18, Reihe 1.1., Wiesbaden 2007.

Abbildung 5

Veränderung der Haushaltsstruktur nach Einkommensschicht 1996 und 2006

In 1 000 Personen, Einkommensposition auf Basis des jahresspezifischen Median



Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres. **DIW Berlin 2008**

der Personen in Mehrgenerationenhaushalten nahm um mehr als eine Million ab. Insgesamt geht das Schrumpfen der Mittelschicht also mit einem Rückgang der klassischen Familienhaushalte einher.

Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen seit 2000 rückläufig

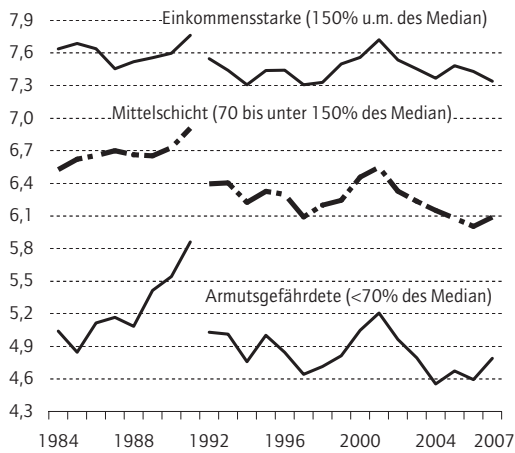
Die zeitliche Entwicklung objektiver Indikatoren wie des (Real-)Einkommens sagt nichts darüber aus, wie diese Veränderungen von den Menschen bewertet werden. Hinweise hierzu liefern Informationen zur individuellen Zufriedenheit mit dem Einkommen eines Haushalts. Diese Information wird im SOEP mittels einer Skala erfasst, bei der 0 „ganz und gar unzufrieden“ und 10 „ganz und gar zufrieden“ bedeuten. In Abbildung 6 wird die durchschnittliche Zufriedenheit getrennt für die drei Einkommensschichten ausgewiesen. Die mittlere Zufriedenheit der gesamten Bevölkerung verläuft dabei im Wesentlichen in Übereinstimmung mit den Angaben der Mittelschicht.

Erwartungsgemäß weisen die einkommensstarken Personen die höchste Zufriedenheit auf. Die Veränderungen dieser Gruppe sind über die Zeit hinweg

Abbildung 6

Entwicklung der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen nach Einkommensschicht 1984 bis 2007¹

Einkommensposition auf Basis des jahresspezifischen Median



¹ Ab 1992 Deutschland insgesamt; 2007: vorläufige Daten.

Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres.

DIW Berlin 2008

zudem eher gering. Für alle drei Gruppen zeigt sich der höchste jemals mit dem SOEP gemessene Wert für die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen im Jahr 1991 (bezogen auf die alten Länder). Dies ist im Einklang mit der damaligen außergewöhnlichen konjunkturellen Situation, von der breite Teile der Bevölkerung profitierten, insbesondere in den alten Ländern.

Der weitere Verlauf ist vor allem durch die jeweilige konjunkturelle Lage gekennzeichnet, wobei auffällt, dass alle drei Gruppen parallele Entwicklungen aufweisen. Vor allem seit 2001 ist die subjektive Bewertung der Einkommen – in Übereinstimmung mit der Veränderung der Realeinkommen – deutlich rückläufig. Dies gilt auch für Personen im oberen Einkommensbereich.

Für den aktuellen Rand zeigen sich bei der Mittelschicht und der unteren Einkommensschicht Anzeichen einer Trendumkehr. Es kann vermutet werden, dass im Rahmen der konjunkturellen Erholung auch die Einkommen – beziehungsweise die Erwartung steigender Einkommen in Reaktion auf erhöhte Erwerbchancen – zunehmen und die Personen in dieser Gruppe ebenfalls von der verbesserten wirtschaftlichen Lage profitieren.⁸

⁸ Eine Darstellung der verfügbaren Haushaltsjahreseinkommen des Erhebungsjahres 2007 ist zum derzeitigen Stand mit der Datenaufbereitung des SOEP – wie bei jeder Erhebungswelle üblich – noch nicht möglich.

Anhaltend große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation

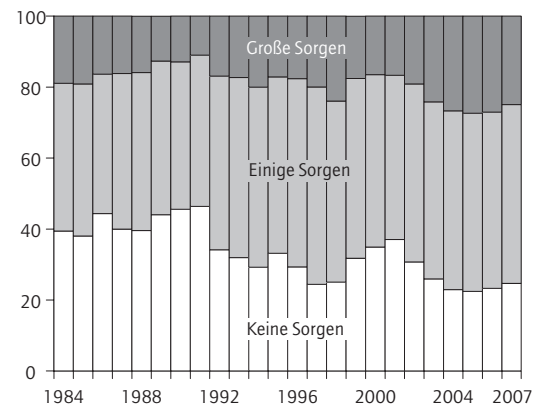
Ein alternativer subjektiver Indikator zur Beschreibung der wirtschaftlichen Situation der Einkommensschichten ergibt sich aus der Angabe zur SOEP-Frage nach „Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation“ (Abbildung 7).⁹ Komplementär zu der oben analysierten Einkommenszufriedenheit ist zu erwarten, dass der Anteil der Befragten, die solche Sorgen äußern, in konjunkturellen Schwächephasen (beziehungsweise Aufschwungphasen) tendenziell steigt (sinkt). Aus der Zeitreihe seit 1984 (für Westdeutschland) lässt sich ein genereller Trend einer als stärker empfundenen ökonomischen Unsicherheit ableiten: Der Anteil der Menschen, die sich „keine Sorgen“ machen, lag in den 80er Jahren noch über 40 Prozent, in den 90er Jahren in Gesamtdeutschland bei rund 30 Prozent und jüngst, also auch in den wachstumsstarken Jahren 2006 und 2007, nur noch bei rund 23 Prozent.

Unter den Einkommensschwachen hat sich der Anteil von Personen, die sich um ihre wirtschaftliche Situation sorgen, im Zeitraum von 2001 bis 2004 besonders stark erhöht (Abbildung 8). Hier nahm der Anteil derjenigen die „große Sorgen“ angeben, um mehr als 16 Prozentpunkte auf rund 45 Prozent

⁹ Dabei wird nach Sorgen in einer Batterie von Lebensbereichen gefragt. Die vorgegebenen Antwortkategorien lauten „keine Sorgen“, „einige Sorgen“ und „große Sorgen“.

Abbildung 7

Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation in Deutschland¹ 1984 bis 2007¹
In Prozent



¹ Ab 1992 Deutschland insgesamt; 2007: vorläufige Daten; die Originalfrage lautet: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? Um die eigene wirtschaftliche Situation?“ Große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen.

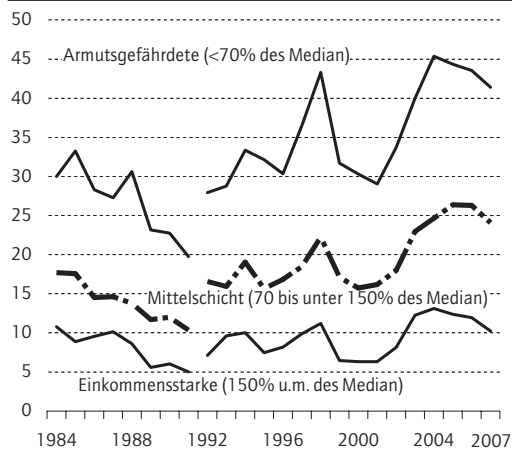
Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten.

DIW Berlin 2008

Abbildung 8

Anteil der Personen mit „großen Sorgen“ um die eigene wirtschaftliche Situation nach Einkommensschicht 1984 bis 2007¹

In Prozent, Einkommensposition auf Basis des jahresspezifischen Median



¹ Ab 1992 Deutschland insgesamt; 2007: vorläufige Daten.

Quelle: SOEP, Personen in Privathaushalten, retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres.

DIW Berlin 2008

zu. In der Mittelschicht hat der Anteil derjenigen mit „großen Sorgen“ bis 2005 einen für die SOEP-Messung „historischen“ Höchststand mit mehr als 26 Prozent erreicht. Die aktuelle konjunkturelle Erholung lässt auch für diese Gruppe das Ausmaß an „großen Sorgen“ nur leicht zurückgehen.

Fazit

Die verfügbaren Realeinkommen sind in Deutschland seit der Wiedervereinigung insgesamt nur mäßig gestiegen, von 2003 bis 2006 sind sie sogar deutlich zurückgegangen. Dabei hat die Einkommensspreizung zugenommen. Die Mittelschicht ist im Verlauf der Jahre 2000 bis 2006 von 62 Prozent auf 54 Prozent der Bevölkerung – um rund fünf Millionen Personen – geschrumpft.¹⁰ Von diesem Abstieg bei der relativen Einkommensposition sind insbesondere „klassische“ Familienhaushalte betroffen.

¹⁰ Das Schrumpfen der Mittelschicht war in den 80er Jahren auch Gegenstand der Diskussion in den USA und Großbritannien. Hier ergaben sich aber reale Einkommenszuwächse auch für die Mittelschicht, wohingegen in Deutschland die Mittelschicht seit 2003 reale Einkommensverluste realisiert. Vgl. Burkhauser, R. V., Crews, A. D., Daly, M. C., Jenkins, S. P.: Where in the World is the Middle Class? A Cross-National Comparison of the Shrinking Middle Class Using Kernel Density Estimates. Cross-National Studies in Aging Program Project Paper No. 26. Syracuse, NY 1996; und Burkhauser, R. V., Rovba, L.: Income Inequality in the 1990s: Comparing the United States, Great Britain and Germany. In: The Japanese Journal of Social Security Policy, Heft 1/2005, 1–16.

Der Anteil der armutsgefährdeten Personen (mit Einkommen bis 70 Prozent des mittleren Einkommens) ist deutlich gewachsen. Während in der Teilperiode 2002–2006 die Stabilität der Einkommen an den Rändern der Verteilung zugenommen hat, zeigen sich größere Veränderungen in der Einkommensmittelschicht. Dabei überwiegen Bewegungen nach unten, was unter anderem durch zunehmende Risiken und längere Dauer von Arbeitslosigkeit sowie die niedrigeren Lohnersatzleistungen beim Bezug von Arbeitslosengeld II erklärt werden kann. Ein anderer Faktor ist die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die sich unter anderem in einer abnehmenden Bedeutung des „klassischen“ Normalarbeitsverhältnisses (im Sinne einer unbefristeten Vollzeitstelle) ausdrückt.

Als Folge dieser Entwicklungen hat sich die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation sowohl in der Mittelschicht als auch in der Bevölkerung insgesamt, und damit auch bei den Beziehern hoher Einkommen, deutlich verschlechtert. Die Sorge um die soziale Position ist in der Mitte der Bevölkerung angekommen, wenngleich die aktuellen subjektiven Indikatoren eine leichte Verbesserung andeuten. Diese Trendumkehr fällt aber bei der Mittelschicht – zumindest derzeit noch – vergleichsweise schwach aus. Offenbar hat die große Masse der Bevölkerung bisher nicht den Eindruck, von der konjunkturellen Erholung zu profitieren.

Die negativen Entwicklungen und die subjektiv wahrgenommenen Risiken dürfen aber nicht überdecken, dass es auch Aufwärtsmobilität in Deutschland gibt. Gut 11 Prozent der Mittelschicht des Jahres 2002 gelang im Laufe von fünf Jahren ein Aufstieg in höhere Einkommensschichten.

Die aktuellen Forderungen nach deutlichen Tarifsteigerungen erscheinen vor dem Hintergrund der objektiven Realeinkommensverluste der letzten Jahre sowie der subjektiv empfundenen Unzufriedenheit mit dem Einkommen und der zunehmenden Unsicherheit – insbesondere der Mittelschicht – nachvollziehbar. Dabei spielt auch eine große Rolle, dass die Menschen in Deutschland über lange Zeit an ein höheres Maß an Stabilität, auch bezüglich der eigenen wirtschaftlichen Situation, gewöhnt waren.

In einer rein statischen Betrachtungsweise mag mit einer stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer am allgemeinen Wohlfahrtzuwachs auch die Hoffnung verbunden sein, durch zusätzliche Erwerbseinkommen die Schrumpfung der Mittelschicht im hier beschriebenen Sinne rückgängig machen zu können. Gleichwohl müssen die Risiken zunehmender Arbeitslosigkeit aufgrund relativ hoher

JEL Classification:
D31, I32

Keywords:
Income Inequality,
Middle Class,
Poverty

Lohnabschlüsse berücksichtigt werden, die – insbesondere bei Langzeitarbeitslosigkeit – zu einer Verfestigung in der armutsgefährdeten Einkommensschicht führen würde. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass der säkulare Trend der Entstandardisierung von Arbeitsverhältnissen

in abhängiger Vollzeitbeschäftigung zugunsten anderer Erwerbsformen wie Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung und (Schein-)Selbständigkeit aufgrund der damit einhergehenden niedrigeren Einkommen zu einer weiteren Schwächung der Mittelschicht führt.

InnoNet – Eine wirkungsvolle Förderung großer FuE-Verbände für den Mittelstand steht vor dem „Aus“

Seit 1999 fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im Programm „Förderung von innovativen Netzwerken (InnoNet)“ größere Verbundprojekte zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und mehreren kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Die Unternehmen kommen in diesem Programm nicht unmittelbar in den Genuss von Fördergeldern, sondern müssen sich mit Eigenleistungen am Projekt beteiligen und einen Finanzbeitrag zu den Aufwendungen der Forschungseinrichtungen erbringen. Sie profitieren von der Teilnahme am Verbund also nur, wenn sie das erworbene Wissen und die Forschungsergebnisse ertragswirksam umsetzen.

Heike Belitz
hbelitz@diw.de

Rüdiger Eschenbach

Kathleen Toepel

Doch leistet InnoNet tatsächlich, was sich die Initiatoren von dem Projekt erhofft haben? Die hier vorgelegte langfristige Wirkungsanalyse zeigt: Mehr als die Hälfte der beteiligten Unternehmen hatte drei Jahre nach Abschluss dieser Projekte FuE-Ergebnisse umgesetzt oder planten dies in Kürze. Auch unter den Unternehmen, die die Ergebnisse nicht direkt umsetzen werden, berichtet jedes zweite von einem wichtigen Wissenszuwachs und Impulsen für künftige FuE-Kooperationen. Angesichts dieser Wirkungen und der positiven Bewertung durch die beteiligten Unternehmen und Forschungseinrichtungen ist es nicht nachvollziehbar, dass das BMWi diese sparsame Fördervariante von großen FuE-Verbänden nun aufgeben und durch eine aufwendigere Förderung mit Zuschüssen für die KMU ersetzen will.

Technologieorientierte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind auf die Forschungsk Kooperation mit öffentlichen Forschungseinrichtungen und anderen Unternehmen angewiesen, um Wissen für Innovationsprozesse aufzunehmen, mit dem sie ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern. Die mittelstandsorientierte Technologiepolitik setzt in Deutschland einen Schwerpunkt bei der Unterstützung von Kooperationen in Forschung und Entwicklung. So fördert das BMWi seit 1999 im Programm „Förderung von innovativen Netzwerken (InnoNet)“ größere Verbundprojekte zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und mehreren KMU, wobei sich an den Projekten auch Großunternehmen beteiligen können (Kasten). Eine Besonderheit dieses Programms liegt in der Größe der geförderten Verbände, an denen mindestens zwei Forschungseinrichtungen und vier KMU beteiligt sein müssen. Besonders ist auch das Förderverfahren, bei dem nicht die Unternehmen, sondern ausschließlich die Forschungseinrichtungen in den Genuss von Fördergeldern kommen. Die Unternehmen müssen sich mit Eigenleistungen und einem – wenn

Das Programm „Förderung von innovativen Netzwerken – InnoNet“ des BMWi

Mit dem Programm InnoNet sollen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – einschließlich des Handwerks – und Forschungseinrichtungen zu einer Zusammenarbeit angeregt werden, um

- FuE-Ergebnisse schneller in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen und dadurch die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken,
- Forschungseinrichtungen anzuregen, Forschungsarbeiten stärker auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen auszurichten.¹

Gefördert werden größere Verbünde von mindestens zwei rechtlich unabhängigen öffentlichen Forschungseinrichtungen (Hoch- und Fachhochschulen, außeruniversitäre staatliche und private gemeinnützige Forschungseinrichtungen) und vier KMU. Zusätzlich können auch Großunternehmen beteiligt sein. Die Mindestgröße der Verbünde soll gewährleisten, dass nicht nur Probleme einzelner Unternehmen aufgegriffen, sondern unternehmensübergreifende Innovationen entwickelt werden. Eine Forschungseinrichtung koordiniert das Projekt und ist gleichzeitig Vermittler zwischen den Akteuren. Die Laufzeit eines Verbundprojekts soll drei Jahre nicht übersteigen.

Staatliche Zuschüsse und Eigenbeteiligung der Unternehmen

Im Programm InnoNet erhalten nur die Forschungseinrichtungen staatliche Zuschüsse zu ihren FuE-Aufwendungen, nicht jedoch die Unternehmen. Die Unternehmen müssen gemeinsam einen Teil der FuE-Aufwendungen

¹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Richtlinie zum Programm „Förderung von innovativen Netzwerken“ (InnoNet), 9. Juni 2006, www.dvdivde-it.de/innonet/foerderung/antrag/default.html.

der Forschungseinrichtungen finanzieren, der in den bisherigen Förderjahrgängen bei mindestens 10 Prozent lag. Außerdem müssen sie FuE-Eigenleistungen in Höhe von mindestens 20 Prozent der Gesamtaufwendungen des Verbundprojekts erbringen. Dafür stehen ihnen Verwertungsrechte an den Ergebnissen zu, die in einem Kooperationsvertrag festgelegt werden.

Auswahl der zu fördernden Verbünde

Zwischen 1999 und Ende 2007 wurden elf Wettbewerbe ausgelobt. Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgte in einem zweistufigen Wettbewerb. In der ersten Stufe beurteilte der Projektträger VDI/VDE-Innovation + Technik GmbH die Antragskizzen nach formalen und inhaltlichen Kriterien. Die besten Ideenskizzen konkurrierten dann in der zweiten Stufe in einem „Schönheitswettbewerb“ um die Förderempfehlung einer unabhängigen Jury aus Experten verschiedener Fachrichtungen. Die Bewilligung der Mittel erfolgte schließlich auf Basis eines detaillierten Antrags durch den Projektträger VDI/VDE Innovation + Technik GmbH und das BMWi. Mit dem Verfahren sollte gesichert werden, dass der Antragsaufwand für letztlich nicht geförderte Vorhaben gering blieb.

Zwischen 1999 und 2006 haben sich insgesamt 1 050 Projektkonsortien mit 8 710 Partnern an neun Ideenwettbewerben beteiligt. 226 Projekte wurden von der Jury zur Förderung empfohlen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Erfolgsquote im Wettbewerb von 22 Prozent. Insgesamt haben an den geförderten 183 Projekten etwa 1 600 Partner mitgewirkt, darunter rund 1 100 Unternehmen und 419 Forschungseinrichtungen. Viele Forschungseinrichtungen nahmen mehrmals an InnoNet-Projekten teil, die große Mehrheit der Unternehmen war hingegen nur einmal beteiligt.²

² Informationen des Projektträgers VDI/VDE-IT GmbH Berlin.

auch relativ geringen – Finanzbeitrag an den Aufwendungen der Forschungseinrichtungen für das Projekt beteiligen.

Das DIW Berlin hat dieses neuartige Förderprogramm im Auftrag des BMWi in einer dreistufigen Evaluation zwischen 2001 und 2007 begleitet.¹ In der ersten Phase

¹ Vgl. Belitz, H., Eschenbach, R., Pfirrmann, O.: Wirkungsanalyse der Maßnahme „Förderung von innovativen Netzwerken“ (InnoNet) – Funktionsfähigkeit des Förderinstruments. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Berlin, November 2002; sowie Belitz, H.: InnoNet – Ein neuer Ansatz zur Förderung der Kooperation von öffentlichen Forschungseinrichtungen mit kleinen und mittleren Unternehmen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 6/2003.

der Evaluation war noch während der Laufzeit der ersten Projekte die Funktionsfähigkeit des Förderinstruments untersucht worden. Im Mittelpunkt der zweiten Phase – zum Zeitpunkt des Abschlusses der ersten 19 Projekte – standen die zusätzlichen Impulse für den Innovations- und Leistungsprozess der Unternehmen.² Zu dem frühen Zeitpunkt konnten viele Unternehmen die Erreichung ihrer Umsetzungsziele nur mit Unsicherheit einschät-

² Vgl. Belitz, H., Eschenbach, R., Pfirrmann, O.: Evaluation der Maßnahme „Förderung von innovativen Netzwerken“ (InnoNet) – Wirkungsanalyse. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Berlin, 2004; sowie Belitz, H.: InnoNet – Wirkungen in den Unternehmen überwiegend positiv. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 45/2004.

zen. Deshalb wurde in der dritten Phase im Jahr 2007 – etwa drei Jahre nach Abschluss der ersten 19 Projekte – erneut untersucht, inwieweit diese Ziele inzwischen realisiert und ob bei den Projektteilnehmern – Unternehmen und Forschungseinrichtungen – Änderungen im Innovationsverhalten eingetreten sind.

Das Evaluationsteam des DIW Berlin hat dazu mit allen erreichbaren Projektteilnehmern der Unternehmen und der Forschungseinrichtungen Interviews geführt. Auf Grundlage der dabei gewonnenen Informationen sowie von Projektberichten und Internetpräsentationen wurden 19 Fallstudien erarbeitet und in einem Bericht anonymisiert zusammengefasst und bewertet.³

Bei den am Ende noch beteiligten 129 Unternehmen und 54 Forschungseinrichtungen des InnoNet-Projekts stellte sich heraus, dass

- elf Unternehmen und zwei Forschungseinrichtungen im Jahr 2007 nicht mehr existierten,
- in 28 Unternehmen und in zwölf Forschungseinrichtungen keine zuständigen Gesprächspartner erreicht wurden, weil sie zum Beispiel die Einrichtung verlassen haben oder weil kein Kontakt zustande kam.

Die Informationsbasis von 90 Unternehmen und 40 Forschungseinrichtungen war jedoch ausreichend, um ein repräsentatives Bild der langfristigen Umsetzungsergebnisse und Lerneffekte zu zeichnen.

Jedes zweite Unternehmen setzt FuE-Ergebnisse um

Die Kommerzialisierungserfolge von FuE-Ergebnissen in Unternehmen sind nur selten auf ein einzelnes gefördertes FuE-Vorhaben zurückzuführen. In den Unternehmen bettet sich die Teilnahme an einem geförderten FuE-Verbundprojekt, wie im Programm InnoNet, in einen Prozess vorhergehender und nachfolgender, selbst finanzierter oder geförderter FuE-Aktivitäten ein. Die von den Unternehmen genannten Umsetzungsergebnisse gehen deshalb auf einen umfassenderen unternehmerischen Innovationsprozess von Forschung, Entwicklung, Produktion und Markteinführung zurück und können ursächlich nicht einem einzelnen geförderten FuE-Projekt zugeordnet werden.⁴ Die Evaluation muss daher

³ Vgl. Belitz, H., Eschenbach, R., Toepel, K.: Wirkungsanalyse zur Maßnahme „Förderung von innovativen Netzwerken (InnoNet)“ – Phase 3. DIW Berlin: Politikberatung kompakt 40, Februar 2008.

⁴ Diese Tatsache wird in der Evaluationsforschung als Projektirrtum ("project fallacy") bezeichnet. Es ist unmöglich zwischen einem einzelnen geförderten Projekt und den längerfristigen Innovationsanstrengungen eines Unternehmens zu unterscheiden, deren Teil es ist. Vgl. Government R&D Funding and Company Behavior. Measuring Behavioural Additivity. OECD, Paris 2006.

auch die Wechselwirkung zwischen den Zielen des einzelnen Projektes und der Unternehmensstrategie und -entwicklung berücksichtigen.

Hier wurde der Umsetzungserfolg der einzelnen Unternehmen auf Basis der Aussagen der Interviewpartner im Sommer 2007 eingeschätzt. Demnach hatten

- 12 Prozent ihre Umsetzungsziele voll erreicht,
- 21 Prozent ihre Umsetzungsziele teilweise erreicht,
- 18 Prozent eine Umsetzung in den Jahren 2007 und 2008 noch geplant,

sodass die Evaluatoren die Umsetzung als realisierbar einschätzten, weil die Vorbereitung entsprechend weit gediehen war (Abbildung 1).

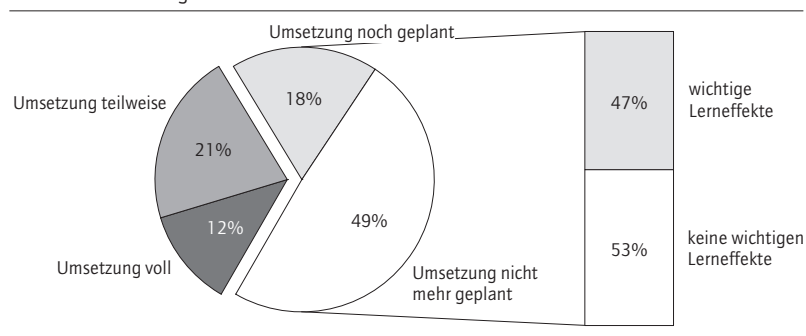
Damit werden insgesamt gut die Hälfte der Unternehmen ihre Umsetzungsziele voll oder teilweise erreichen. Somit wurde der im Jahr 2003 erwartete Kommerzialisierungserfolg der ersten 19 InnoNet-Projekte bestätigt. Damals gaben reichlich die Hälfte der schriftlich befragten Unternehmen an, dass sie ihre Ziele erreichen werden, zwei Drittel davon jedoch später als geplant. Auch in der aktuellen Untersuchung wurden wiederum zeitliche Verzögerungen bei der Realisierung festgestellt.

Die Verwertung von FuE-Resultaten wird im Unternehmen unter anderem von den Bedingungen der Umsetzung im Fertigungsprozess und der Vermarktung sowie vom Wettbewerbsumfeld und der technischen Entwicklung beeinflusst. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich die hier und in anderen Evaluationsstudien mittelstandsorientierter Förderprogramme des BMWi wie INNO-WATT und PRO-INNO II ausgewiesenen längerfristigen Umsetzungserfolge von geförderten FuE-Projekten

Abbildung 1

Erreichung der Umsetzungsziele der Unternehmen im Jahr 2007 – Einschätzung der Evaluatoren

In Prozent der befragten Unternehmen



Quelle: Fallstudien des DIW Berlin; Basis: 90 Unternehmen.

DIW Berlin 2008

trotz unterschiedlicher Messansätze im Großen und Ganzen ähneln.⁵ Diese Analysen spiegeln vor allem die durchschnittlichen Verwertungsbedingungen von FuE-Ergebnissen in unternehmerischen Innovationsprozessen.

So traf die Umsetzung von FuE-Ergebnissen der InnoNet-Projekte in den Unternehmen auf Hindernisse, die auch in anderen Evaluationsuntersuchungen immer wieder genannt werden:

- unzureichende Finanzierung der Folgeschritte zur Produkteinführung,
- Neuausrichtung, Umstrukturierung oder sogar der Konkurs von beteiligten Unternehmen,
- falsche Markteinschätzungen sowie sich ändernde Marktbedingungen, etwa durch neue Wettbewerber oder Alternativlösungen.

Die meisten dieser Umsetzungshindernisse sind von den Unternehmen kaum zu beeinflussen. In einigen Fällen, insbesondere wenn KMU mit Innovationen neue Marktfelder erschließen wollten, fehlten jedoch auch profunde Marktanalysen. Zwar geben diese keine Garantie für eine erfolgreiche Umsetzung der FuE-Ergebnisse, sie liefern den Unternehmen aber wichtige Bewertungsgrundlagen für die Beteiligung am FuE-Verbundprojekt und auch dem Förderer sowie der Jury eine Basis für die Einschätzung der Umsetzungschancen. Die Finanzierung solcher Marktstudien könnte vom Förderer unterstützt werden, etwa indem sie im Falle der Bewilligung des FuE-Projekts als Eigenleistung angerechnet werden.⁶

Insgesamt zeigten die Interviews mit den Unternehmen und Forschungseinrichtungen auch drei Jahre nach Abschluss der Projekte in der Mehrheit eine große Zufriedenheit mit dem Ablauf, den Ergebnissen bei der Umsetzung, dem Wissenszuwachs und den gewonnenen Kontakten und Kooperationserfahrungen für den Innovationsprozess. Die Tatsache, dass von den Unternehmen finanzielle Beiträge zu zahlen sind, die allerdings im Verbund variabel verteilt werden können,⁷ wurde von ihnen

überraschenderweise nur selten als Hürde für die Beteiligung betrachtet. Im Gegenteil: Viele sahen darin zu Beginn des Projekts ein Signal für das starke Interesse der anderen Unternehmen, das ihr Vertrauen besonders in noch unbekannte Partner gefördert habe.

Wirtschaftlicher Nutzen in „Nuggets“ sichtbar

Die Langzeitanalyse bei InnoNet-Projekten bestätigte Erkenntnisse aus der Innovationsforschung, dass der Löwenanteil des direkt zurechenbaren Umsatzes und der Gewinne aus der Einführung von neuen Produkten und Prozessen, auf einige wenige Projekte entfällt, die sogenannten Goldstücke („Nuggets“).⁸ Vier der analysierten InnoNet-Projekte wurden als besonders wirkungsvoll bewertet. Sie lieferten die grundlegenden FuE-Ergebnisse für die Entwicklung neuer Produkte, die inzwischen auf dem Markt eingeführt wurden oder kurzfristig eingeführt werden. Die Unternehmen erreichen oder übertreffen damit ihre ursprünglichen Kommerzialisierungsziele – wenn auch zum Teil mit deutlicher Verzögerung. In drei Projekten sind die Produzenten der neuen Produkte Großunternehmen, deren Marktstellung einen nachhaltigen kommerziellen Erfolg verspricht. KMU profitieren hierbei als Zulieferer oder Erstanwender der Produkte. Infolge des vierten besonders umsetzungsstarken Projekts ist ein Technologieunternehmen gegründet worden.

In zehn weiteren Projekten wurden einzelne neue oder verbesserte Lösungen bei Unternehmen umgesetzt, jedoch erreichten nicht alle Unternehmen ihre Ziele und dies auch nicht im ursprünglich erwarteten Umfang. In fünf Projekten ist eine Kommerzialisierung von FuE-Ergebnissen in den beteiligten Unternehmen nicht erfolgt und nicht mehr zu erwarten (Abbildung 2).

Große und vielfältige Verbünde fördern Lernerfahrungen und Kooperationsfähigkeit

Der Zugang zu Wissen in neuen Technologiefeldern kann den meisten KMU nur über Forschungseinrichtungen und andere spezialisierte Technologieunternehmen eröffnet werden. Die Möglichkeit, sich auch mit relativ geringen Beiträgen (Barleistungen und Eigenleistungen in FuE) an einem größeren

⁵ Vgl. Lo, V., Kulicke, M., Kirner, E.: Untersuchung der Wirksamkeit von PRO-INNO-PROgramm INNOvationskompetenz mittelständischer Unternehmen. Modul 2: Analyse von in den Jahren 2001/2002 abgeschlossenen FuE-Kooperationsprojekten. ISI-Schriftenreihe „Innovationspotentiale“. Karlsruhe 2006; Lo, V., Wolf, B., Koschatzky, K., Weiß, D.: Förderung von Forschung und Entwicklung bei Wachstumsträgern in benachteiligten Regionen. Evaluation des BMWi-Programms INNO-WATT. ISI-Schriftenreihe „Innovationspotentiale“. Karlsruhe 2006.

⁶ Eine Förderung entspricht auch dem neuen Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation, der 2007 in Kraft trat. Kosten für Marktforschung sind demnach im Rahmen von Beihilfen für „innovationsunterstützende Dienstleistungen“ förderfähig (Art. 5.6, ABl. der EU C323 vom 30.12.2006).

⁷ Diese sogenannten Barleistungen lagen in den analysierten Projekten bei durchschnittlich 15 000 Euro je Unternehmen (Maximum 57 000 Euro, Minimum 1 500 Euro). Vgl. Belitz, H.: InnoNet – Wirkungen in den Unternehmen überwiegend positiv. a. a. O.

⁸ Vgl. Scherer, F. M., Harhoff, D.: Technology Policy for a World of Skew-distributed Outcomes. In: Research Policy, Heft 29/2000, 559–566; und Roessner, D.: Outcome Measurement in the United States: State of the Art. Prepared for presentation at the annual meeting of the American Association for the Advancement of Science, Boston, MA, 17. Februar 2002.

Verbund aus Forschungseinrichtungen und technologieorientierten Unternehmen zu beteiligen, wurde vor allem von Zulieferern, Dienstleistern und Anwendern anerkennend hervorgehoben. Sie sahen darin die Möglichkeit mit für sie tragbarem Aufwand, die Anwendung neuer Technologien zu testen und voranzutreiben sowie neue Kundengruppen zu erschließen.

Auch das Scheitern einer angestrebten wissenschaftlich-technischen Lösung wird von vielen Unternehmen als Erkenntnisgewinn und notwendige Auseinandersetzung mit einem neuen Thema gesehen. Solche – aus der Sicht der Förderer „negativen“ – Ergebnisse sind oft für die Unterstützung der unternehmerischen Entscheidungsfindung über die technologische Richtung sehr wichtig.

In den Interviews mit den Unternehmensvertretern berichteten nicht nur alle Unternehmen, deren Umsetzungsziele im Jahr 2007 bereits teilweise oder voll erreicht waren, über wichtige Lerneffekte durch die Teilnahme am InnoNet-Projekt, sondern auch fast die Hälfte (47 Prozent) derjenigen, die noch nichts umgesetzt hatten.

Durch die im Vergleich zu anderen Förderprogrammen überdurchschnittliche Größe der Verbünde sind sehr oft neue Kontakte zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen entstanden, die zeitlich und inhaltlich weit über das InnoNet-Projekt hinausreichen. Dabei blieb zwar nach Abschluss des FuE-Projekts der ursprüngliche Verbund nicht bestehen, aber in 70 Prozent der untersuchten Projekte hatten nach drei Jahren noch jeweils mehrere Partnerkontakte und verschiedenartige Kooperationsbeziehungen untereinander.

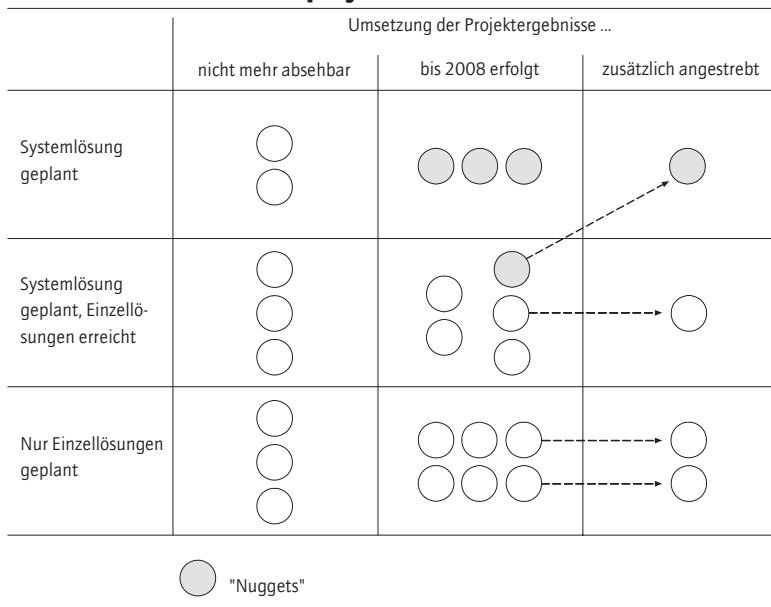
Der Wissenszuwachs, die Lerneffekte und Änderungen im Innovationsverhalten wie die erstmalige oder nun kontinuierliche FuE-Kooperation mit Forschungseinrichtungen durch die Teilnahme am Verbundprojekt, also die eher „weichen“ Ergebnisse, haben einen großen Nutzen für die Unternehmen. Nach Einschätzung der Befragten entstehen diese Impulse für den Innovationsprozess besonders häufig in den relativ großen und lang dauernden InnoNet-Verbundprojekten mit unterschiedlichen Partnern.

FuE-Einrichtungen sind Wissenslieferanten, Multiplikatoren und Koordinatoren

Interviews über die Impulse aus den InnoNet-Projekten wurden auch mit den Vertretern der beteiligten Forschungseinrichtungen geführt. Sie konnten mithilfe der FuE-Verbund-Projekte ihr wissenschaftliches Profil schärfen, in bestehenden und

Abbildung 2

Erreichung der Umsetzungsziele der 19 InnoNet-Verbundprojekte im Zeitablauf



Quelle: Darstellung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

neuen Forschungsfeldern Kompetenzen ausbauen und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt für Forschungsleistungen stärken – nicht zuletzt wegen des relativ großen Projekt-Volumens. Über weitere FuE-Vorhaben fließt das Wissen oft auch zu nicht beteiligten Unternehmen. Die meisten Forschungseinrichtungen haben neue Unternehmenspartner gewonnen und bestehende Kooperationsbeziehungen zu Unternehmen gefestigt. Die koordinierenden öffentlichen Forschungseinrichtungen werden von den Unternehmen auch als besonders geeignet angesehen, zwischen den unterschiedlichen Interessen der Verbundpartner zu vermitteln und den Wissensaustausch zu organisieren. Sie waren für manche KMU auch „Coach“ beim Einstieg in die FuE-Kooperation.

Die Forschungseinrichtungen nehmen den Unternehmen zudem im Programm InnoNet die Antragstellung und die Berichterstattung für die Förderprojekte ab. Viele Unternehmen betonten, dass sie an InnoNet-Projekten mit – im Vergleich zu vielen anderen Förderprogrammen – äußerst geringem bürokratischem Aufwand mitwirken können. Dies ist nur deshalb möglich, weil sie selbst keine Fördermittel erhalten.

Fazit

Es gibt in Deutschland nur wenige Beispiele für Langfristevaluierungen in dem Sinne, dass unmittel-

bar nach Anschluss der einzelnen geförderten Vorhaben und danach nochmals mit größerem zeitlichem Abstand Wirkungsanalysen durchgeführt werden. Die Langzeitanalyse der Wirkungen der InnoNet-Projekte hat somit Pionierarbeit in einem Evaluationsfeld geleistet, das bisher wenig bearbeitet ist. Die hierbei gemachten Erfahrungen zeigen, dass die Effizienz der längerfristigen Wirkungsanalyse von FuE-Projekten verbessert werden kann, wenn sie sich auf die Identifizierung der in der Kommerzialisierung besonders erfolgreichen Projekte („Nuggets“) konzentriert. Nur in diesen Projekten sollte die Umsetzung in Form von Fallstudien vertieft analysiert werden.

Nachdem in den vorangegangenen Phasen der Evaluation die Funktionsfähigkeit des Förderprogramms bestätigt und die am Ende der FuE-Verbundprojekte bereits eingetretenen und noch erwarteten Wirkungen auf die Teilnehmer untersucht wurden, standen in der dritten Evaluierungsphase, etwa drei Jahre nach Abschluss der FuE-Projekte, die Kommerzialisierung der FuE-Ergebnisse und die Lerneffekte aus der FuE-Zusammenarbeit in den Unternehmen im Mittelpunkt. Die in 19 InnoNet-Projekten durchgeführte Analyse zeigt typische Verläufe der Realisierung von Innovationsideen in den beteiligten KMU. Die Ergebnisse decken sich weitestgehend mit Ergebnissen anderer Langzeituntersuchungen von geförderten FuE-Vorhaben. Ein besonderer Vorteil des Programms InnoNet liegt jedoch darin, dass überwiegend größere Forschungskonsortien für bis zu dreijährige FuE-Projekte entstehen, in denen unterschiedlich forschungsaktive KMU und

Großunternehmen mit öffentlichen Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten, dabei kommerzialisierbares technologisches Wissen und Kooperationserfahrungen erwerben sowie nachhaltige Kontakte zu anderen Teilnehmern aufbauen. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass die Einstiegshürden für die beteiligten Unternehmen (Antragsaufwand, Eigenleistungen, Finanzierungsbeitrag) gegenüber anderen FuE-Programmen relativ niedrig sind.

Angesichts der positiven Wirkungen und Bewertungen durch die beteiligten Unternehmen ist es nicht nachvollziehbar, dass das BMWi die in InnoNet erfolgreich erprobte innovative Fördervariante für große FuE-Verbundprojekte beenden will. Stattdessen soll voraussichtlich im Sommer 2008 ein neues zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) gestartet werden.⁹ Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist eine Vereinheitlichung und verwaltungstechnische Vereinfachung in der FuE-Kooperationsförderung sicher vorteilhaft. Dem stehen jedoch höhere staatliche Ausgaben für ähnlich große Verbundprojekte gegenüber, da in Zukunft auch die Unternehmen Zuschüsse erhalten werden. Vor allem aber bleibt abzuwarten, ob es gelingt, Anreize zur Bildung ähnlich großer und thematisch vielfältiger FuE-Verbünde zu setzen, an denen insbesondere Anwender neuer Technologien, kleinere Dienstleister und Zulieferer mit geringen Eigenleistungen teilnehmen können.

⁹ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Die Technologieförderung des BMWi für den Mittelstand – von Ideen über Kooperationen zu Innovationen. In: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik – Monatsbericht Februar. Berlin 2008, 18–23.

JEL Classification:
O31, O32, O38

Keywords:
Evaluation,
Collaborative R&D
projects,
Small and medium sized
enterprises

Irene Becker und Richard Hauser

Vom Kinderzuschlag zum Kindergeldzuschlag: ein Reformvorschlag zur Bekämpfung von Kinderarmut

Mit dem im Zuge der Hartz-IV-Reform 2005 eingeführten Kinderzuschlag sollte vermieden werden, dass Familien von ALG II und Sozialgeld abhängig werden, deren Einkommen zwar zur Deckung des elterlichen minimalen Lebensstandards, nicht aber für das Existenzminimum des Kindes bzw. der Kinder reicht. Die Auswirkungen der neuen Transferart auf die Einkommenssituation von Familien sind allerdings sehr gering – in den Jahren 2005 und 2006 wurde lediglich für etwa 90 000 Kinder (ein Prozent aller kindergeldberechtigten Kinder) der Kinderzuschlag gewährt. In der vorliegenden Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde, werden zunächst als wesentliche Gründe für die geringe Reichweite des Kinderzuschlags die komplizierten und restriktiven Regelungen aufgezeigt, die auch dem Ziel eines Abbaus von verdeckter Armut von Familien entgegenstehen. Daran anknüpfend wird ein Reformkonzept zur Bekämpfung von Kinderarmut entwickelt und eine quantitative Abschätzung der unmittelbaren Reformwirkungen vorgenommen. Bei der Gestaltung des Reformvorschlags wurde an Grundprinzipien des allgemeinen Familienleistungsausgleichs angeknüpft. Dieser sollte unabhängig von der jeweiligen Armutsursache das Existenzminimum des Kindes nicht nur von der Steuer freistellen, sondern im Bedarfsfall durch positive Transfers – mit einem Kindergeldzuschlag von maximal 150 Euro – gewährleisten. Das von der Einkommensanrechnung freizustellende elterliche Existenzminimum sollte pauschal berücksichtigt, darüber hinaus gehendes Einkommen nur zu 50 Prozent angerechnet werden. Aus einer Simulationsrechnung auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels 2006 ergibt sich für etwa 3,6 Millionen Kinder ein Anspruch auf Kindergeldzuschlag, was knapp einem Fünftel aller Kinder, für die Kindergeld bezogen wird, entspricht. Unter den Kindern von Alleinerziehenden würde die Empfängerquote mit gut einem Drittel weit überdurchschnittlich ausfallen. Die fiskalischen Kosten des Reformmodells würden sich auf etwa 4 Milliarden Euro jährlich belaufen. Die derzeit bei etwa 18 Prozent liegende Armutsquote von Kindern, für die Kindergeld bezogen wird, würde um etwa vier Prozentpunkte zurückgehen. Mit etwa zwei Dritteln lebt der größte Teil der potenziellen Anspruchsberechtigten in erwerbstätigen Familien, und die relativ stärkste Verminderung der Armutsquote ergibt sich bei Familien mit Vollzeitberwerbstätigkeit.

SOEPpapers No. 87

Die Volltextversionen der SOEPpapers liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/soeppapers/56454.html>).

The full text versions of the SOEPpapers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/soeppapers/56505.html>).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens
6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

13. März 2008

Der nächste Wochenbericht erscheint am 13. März 2008.

DIW Berlin, IZA Bonn und CEPR London laden ein zum Berlin Lunchtime Meeting

mit

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestags a.D.

Vladimir Spidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit – angefragt

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, CEO und Direktor IZA Bonn; Präsident DIW Berlin

Dr. Martin Kahanec, IZA Bonn

Arbeitsmarktintegration ethnischer Minderheiten in Europa

12. März 2008, 12.30 s.t.–14.00 Uhr

DIW Berlin
Mohrenstr. 58
10117 Berlin
Konferenzsaal

In allen EU-Staaten bilden ethnische Minderheiten einen erheblichen Anteil der Wohnbevölkerung. Ihre soziale und ökonomische Integration ist jedoch nach wie vor von gravierenden Defiziten geprägt und stellt den nationalen Regierungen kein gutes Zeugnis aus. Deshalb wird es entscheidend darauf ankommen, künftig gezielt die bislang ungenutzten wirtschaftlichen Potentiale ethnischer Minderheiten zu fördern.

Im Auftrag von EU-Kommissar Vladimir Spidla hat eine Expertengruppe unter Leitung von Frau Professor Rita Süßmuth einen umfangreichen Bericht mit Handlungsempfehlungen für die europäische und nationale Politik vorgelegt. Ausgangsbasis des Berichts dieser „High Level Group“ war eine Studie des IZA, die unter anderem anhand erstmals europaweit durchgeführter Befragungen eine kritische Bestandsaufnahme zur Situation ethnischer Minderheiten auf den Arbeitsmärkten der EU vorgenommen hat.

EU-Kommissar Vladimir Spidla, die Präsidentin der „High Level Group“, Frau Professor Süßmuth, und Professor Klaus F. Zimmermann möchten mit Ihnen dieses oft unterschätzte Thema der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik diskutieren. Nach einer kurzen thematischen Einführung durch IZA-Wissenschaftler Dr. Martin Kahanec werden die politischen Implikationen im Mittelpunkt stehen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung und bitten Sie, Ihre **verbindliche Anmeldung** bis spätestens **10. März 2008** via E-Mail an events@diw.de zu senden.

Wir würden uns freuen, Sie auch an folgenden Terminen begrüßen zu dürfen:

30. April – 28. Mai – 18. Juni – 15. Oktober – 26. November

Die Veranstalter danken der Deutsch-Britischen Stiftung für Ihre großzügige Unterstützung.